

INSM Positionen Klimaschutz

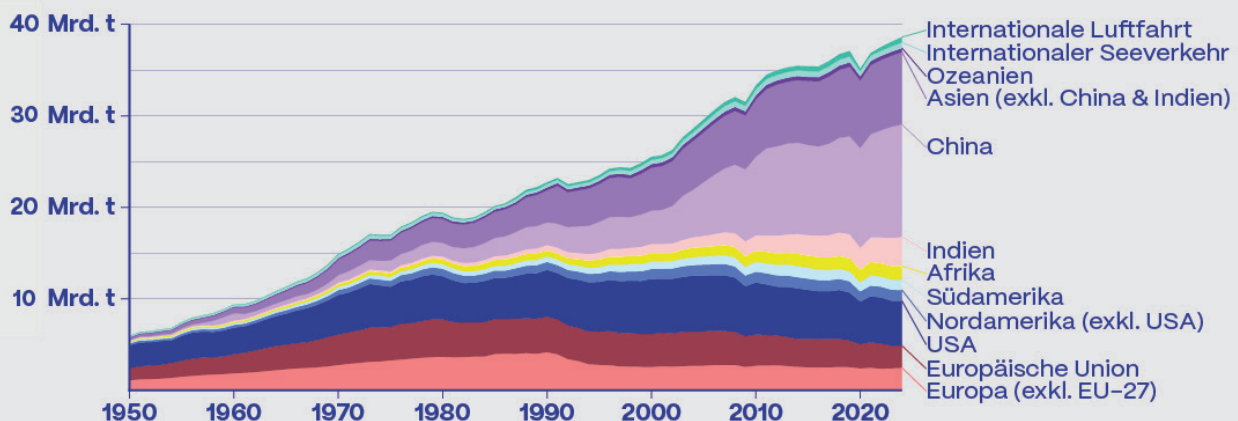


Klimaschutz

Ausgangslage

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Über die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen ist man sich öffentlich international einig (Vereinte Nationen, 2024). Zwischen dem Wunsch, den Klimawandel zu bekämpfen, und der Wirklichkeit, es zu tun, klafft jedoch eine große Lücke. Denn noch immer steigt weltweit der CO²-Ausstoß. Allein im Jahr 2024 wuchsen die CO₂ Emissionen um 500 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr (Our World in Data, 2026).

Jährliche CO₂-Emissionen nach Weltregion



Quelle: Our World in Data

Der Grund dafür: Globaler Klimaschutz ist ein internationales Kooperationsproblem. Aufgrund von negativen externen Effekten (es zahlen nicht jene, die verschmutzen) und Trittbrettfahrerverhalten (vom Klimaschutz des einen Landes profitiert der Rest der Welt), werben praktisch alle für mehr Klimaschutz. Er wird aber unter dem Strich nicht ausreichend durch konkrete politische Maßnahmen vorangetrieben. Vielfach verbleibt es bei bloßen Ankündigungen. Und wenn gehandelt wird, dann häufig in Form von ineffizienten ordnungsrechtlichen Maßnahmen.

Eine Ausnahmen stellt Europa da, die das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 in Form des effizienten Emissionszertifikatehandels betreibt. Aufgrund des ausbleibenden Klimaschutzes in den meisten anderen Regionen der Welt, entsteht ein Dilemma: Zum einen kann Europa allein den Klimawandel nicht aufhalten. Zum anderen leidet die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft aufgrund des steigenden CO₂-Preises. Diese führt nicht nur zu geringerem Wohlstand, sondern noch dazu zu einer global langsameren Reduzierung von CO₂-Emissionen, die Produktion in Gegenden abwandert, in denen geringere Klimaschutz und Umweltstandards gelten.

Das muss sich ändern. Für mehr Klimaschutz braucht es kluge marktwirtschaftliche Konzepte, die Emissionen global begrenzen und die europäische Wettbewerbsfähigkeit erhält.

Die INSM fordert deshalb eine technologieoffene CO²-Mengenbegrenzung

- mittels globalem Zertifikatehandel,
- in Kombination mit einem reziprokem Klima-Club-Modell sowie ergänzend
- Investitionen in Anpassung

Internationaler Zertifikatehandel

Wirksamer und effizienter Klimaschutz braucht das gut organisierte Zusammenspiel von Staat und Markt. Der Staat begrenzt den CO₂-Ausstoß, der Markt organisiert, wie die erlaubte Ausstoßmenge zum größtmöglichen Nutzen aller Verwendung findet. Der Europäische Emissionszertifikatehandel (kurz EU ETS für „EU Emissions Trading Scheme“) schafft einen solchen CO₂-Deckel (auch „Cap and Trade“ genannt) und ist das beste Beispiel dafür, wie beim Klimaschutz ein Zusammenspiel von Staat und Markt gelingen kann.

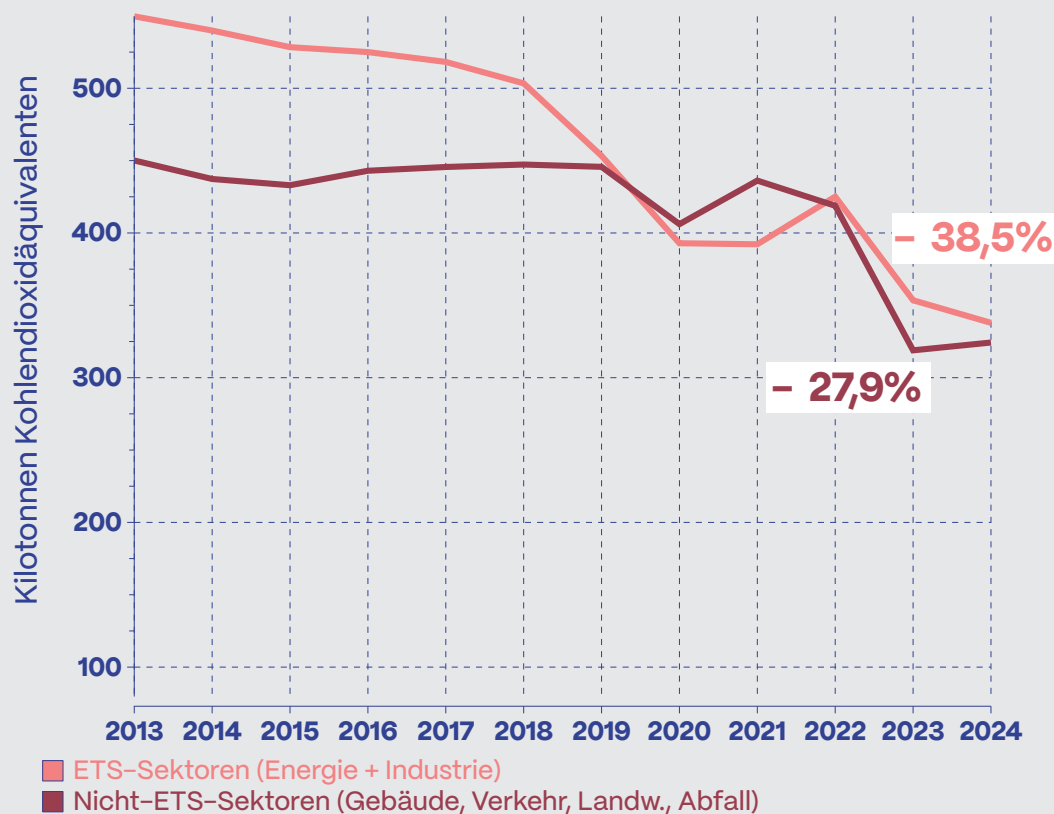
2005 eingeführt, war das EU ETS das weltweit erste länderübergreifende Emissionshandelssystem (Europäische Kommission, 2026). Dabei wird von Seiten der EU eine jährlich sinkende maximale Ausstoßmenge festgelegt (aktuell minus 4,3 Prozent pro Jahr); zudem wird über ein Bieterverfahren (Zertifikatehandel) festgelegt, wer CO₂ ausstoßen darf (Umwelt Bundesamt, 2025). Nur wer ein Zertifikat besitzt, darf emittieren – und nur die festgesetzte Menge.

Ein solcher Emissionshandel schafft einen technologieoffenen Rahmen für die besten

Lösungen zur CO₂-Reduktion bei geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten. Schließlich steigt die Zahlungsbereitschaft, wenn die CO₂-Vermeidungskosten hoch sind. Umgekehrt gilt: Wenn es relativ leicht ist, CO₂ zu vermeiden, wird der Marktakteur dies tun, anstatt ein im Vergleich dazu teures Zertifikat zu kaufen. Außerdem ergibt sich ein verlässlicher und planbarer Ausstiegspfad. Die Unternehmen stellen sich langfristig auf die Verknappung der CO₂-Menge ein und treten mit unterschiedlichen emissionsarmen Lösungen und Technologien in Wettbewerb. Auch in anderen Regionen der Welt wie im Fall der Regional Greenhouse Gas Initiative im Nordosten der USA zeigt sich: Wo Handelssysteme für CO₂-Emissionen genutzt werden, sinkt der Ausstoß (Acadia Center, 2022).

Aktuell umfasst der EU-ETS 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes in den Sektoren Energiewirtschaft, energieintensive Industrie (z.B. Stahlindustrie oder Raffinerien), Luftverkehr und Seeverkehr (Umwelt Bundesamt, 2025). Voraussichtlich im Jahr 2028 werden mit dem ETS-2 die Sektoren Gebäude und Straßenverkehr ergänzt – was dann 75 Prozent des Ausstoßes umfasst (European Parliamentary Research Services, 2025). Ziel muss es sein, nicht nur die Sektoren in Europa zu integrieren, sondern ein weltweit einheitliches, allumfassendes System zu schaffen. Nur dann kann eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels gelingen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre z.B. die Ausweitung des ETS auf nordafrikanische Staaten (Intereconomics, 2025). Europa sorgt aktuell nämlich nur für 17 Prozent aller Treibhausgase, die pro Jahr weltweit ausgestoßen werden (Our World in Data, 2026) und sieht sich – im Vergleich zu Schwellenländern – mit deutlich höheren Grenzkosten für weitere Klimaschutzmaßnahmen konfrontiert (Intereconomics, 2025).

in Kilotonnen CO₂-Äquivalenten, gerundet



Quelle: Umweltbundesamt, eigene Berechnungen

INSM

Positive Anreize in Form eines reziproken Club-Modells

Weil das Klima ein globales Gemeingut ist, kommen die Vorteile von Maßnahmen zur Emissionsreduktion in einem Land allen Ländern zugute. Die Folge: Länder, die einem rationalen Kalkül unterliegen und nicht von der Notwendigkeit einer kompletten globalen Emissionsfreiheit überzeugt sind, werden ihre Anstrengungen für mehr Klimaschutz reduzieren, versuchen, als Trittbrettfahrer von den Anstrengungen anderer Staaten zu profitieren und absehbar keinem internationalen Zertifikatehandel beitreten. Denken und handeln viele Länder so, unterbleibt notwendiger Klimaschutz und es entsteht für die Länder innerhalb des Zertifikatehandels ein Wett-

bewerbsnachteil durch höhere Kosten.

Da Staaten autonom sind, kann ein klimafreundliches Verhalten nicht befohlen werden. Kooperationsansätze, die auf freiwilligen Selbstverpflichtungen basieren, wie das Pariser Klimaschutzabkommen, verfehlen jedoch regelmäßig ihre Ziele und sind daher kein ausreichendes Mittel für Klimaschutz. Im Kern ist das Klima-Problem ein internationales Kooperationsproblem (Max-Planck-Gesellschaft, 2024).

Die entscheidende Frage ist deshalb, wie man der Tendenz von Staaten zum Trittbrettfahren erfolgversprechend begegnen kann. Die Antwort ist: Es braucht außerhalb des auszubauenden internationalen Zertifikatehandels ergänzend kollektive, reziproke Klimaschutzabkommen und positive Anreize, um auf das Trittbrettfahren zu verzichten.

Ein solcher Anreize kann etwa darin bestehen, dass Staaten, die sich an Reduktionspläne halten, Handelsvorteile erhalten. In die Debatte eingebracht wurde dieser Vorschlag schon vor über zehn Jahren vom Nobelpreisträger William D. Nordhaus (Nordhaus, 2015).

Der wesentliche Unterschied zu bestehenden Kooperationen wie etwa dem Kyoto-Protokoll und dem Pariser Klimaabkommen besteht darin, dass sich Nichtmitglieder bei einer solchen sogenannten Club-Lösung sich Nichtmitglieder schlechter stellen. Klimaschutz wird in einem solchen System belohnt.

Der von der EU implementierte CBAM-Mechanismus verfolgt auf den ersten Blick ein ähnliches Ziel, setzt jedoch falsch an. Er versucht CO₂-Ausstoß im Ausland ohne CO₂-Bepreisung aus der Ferne festzustellen und verhängt entsprechende Strafzahlungen. Aufgrund der bürokratischen Hürden eines solchen Verfahrens, können nur relativ einfache Güter wie Rohstoffe berücksichtigt werden, was Probleme bei weiterverarbeitenden Unternehmen entstehen lässt (FAZ, 2025). Daher stellt sich die Frage, auf welche andere Weise die Emissionsreduzierung in Europa an den Klimaschutz in anderen Regionen reziprok gekoppelt werden kann, um Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit zusammen zu denken.

Ein Ansatz lautet, die Jahr für Jahr stattfindende Reduzierung der Menge an Zertifikaten in Europa an die Klimaschutzfortschritte in anderen Weltregionen zu koppeln. In diesem Fall würde man den Klimaschutz in einer Referenzgruppe (bspw. G20) an vordefinierten Checkpoints (z.B. alle drei oder fünf Jahre) überprüfen und nur dann weitere Zertifikate aus dem Markt nehmen, sofern diese ebenfalls ihre Pflichten erfüllen (Hesse, 2026). Erreicht die Referenzgruppe ihre Ziele nicht, ist es für ambitionierte Staaten wie Deutschland legitim eigene Kli-

maschutzanstrengungen zu verringern, um sich vor unfairen Wettbewerbsnachteilen zu schützen. Das schafft nicht nur einen wirksamen Hebel in der internationalen Klimapolitik, sondern verhindert auch ineffiziente Alleingänge einzelner Staaten.

Mit einem reziprokem Klima-Club sowie dem internationalen Ausbau des Zertifikatehandels kann man sich dem Ziel einer technologieoffenen CO₂-Mengenbegrenzung von zwei Seiten nähern.

Investitionen in Anpassung

Während einerseits ausreichend getan werden muss, um Emissionen zu senken, darf andererseits die Anpassung an Folgen des Klimawandels nicht vergessen werden. Nach aktuellen Abschätzungen werden die Klimaziele schließlich leider verfehlt werden. Extremwetterereignisse wie die Ahrtalflut zeigen, dass schon heute akuter, politischer Handlungsbedarf besteht.

Grundlegend sollte jetzt investiert werden, um in Zukunft Kosten zu sparen wobei von einem Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1:4 ausgegangen wird (Global Commission on Adaptation, 2019). Negative externe Effekte oder das Trittbrettfahrerproblem spielen dabei keine Rolle mehr, da nur die Staaten, die sich den Folgen des Klimawandels anpassen, langfristig Kosten sparen.

Ziel ist es, Klimaschutz finanzierbar zu gestalten, indem Mittel effizient verteilt werden. Solange nicht alle Länder an der Reduktion ihres CO₂-Ausstoßes arbeiten und die Erreichung des globalen Klimaziels aus diesem Grund nicht in Sicht ist, ist es rational, nicht ausschließlich in immer höhere Grenzvermeidungskosten zu investieren, sondern ebenfalls Mittel in Anpassungsmaßnahmen (wie Deichbau oder Hitzeanpassung) zu investieren und damit Schäden zu verhindern.

Quellenverzeichnis

- Acadia Center (2022): The Regional Greenhouse Gas Initiative: Ten Years in Review, <https://acadiacenter.org/resource/the-regional-greenhouse-gas-initiative-ten-years-in-review/>
- Hesse (2026, Veröffentlichung folgt in Kürze): Increasing the Resilience of the EU Emissions Trading System through Rules-Based Reciprocity and Internationalisation, Denkfabrik R21.
- European Parliamentary Research Service (2025): EU emissions trading system for buildings, road transport and additional sectors (ETS2) – Status and concerns, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/772878/EPRS_BRI\(2025\)772878_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/772878/EPRS_BRI(2025)772878_EN.pdf)
- Europäische Kommission (2026): About EU ETS, https://climate.ec.europa.eu/eu-action/carbon-markets/about-eu-ets_en
- Fuest (2025): Der schädliche CO₂-Grenzausgleich, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-schaedliche-co2-grenzausgleich-gefaehrliches-wunschdenken-accg-110697787.html>
- Global Commission on Adaptation (2019): Adapt Now: A global call for leadership on climate resilience, https://gca.org/wp-content/uploads/2019/09/GlobalCommission_Report_FINAL.pdf
- Intereconomics (2026): Should Non-EU Countries Be Able to Join the EU Emissions Trading System?, Jochen Andritzky & Nils Hesse, <https://www.intereconomics.eu/contents/year/2025/number/1/article/should-non-eu-countries-be-able-to-join-the-eu-emissions-trading-system.html>
- Max-Planck-Gesellschaft (2024): „It is only through international cooperation that we can make progress“, <https://www.mpg.de/22065875/climate-conferences-peters-ockenfels>
- Nordhaus (2015): Climate Clubs: Overcoming Free-Riding in International Climate Policy, American Economic Review, <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.15000001>
- Our World in Data (2026): Annual CO₂ emissions by world region, <https://ourworldindata.org/grapher/annual-co-emissions-by-region>
- Umwelt Bundesamt (2025): EU-Emissionshandel verstehen, https://www.dehst.de/DE/Themen/EU-ETS-1/EU-ETS-1-Informationen/EU-ETS-1-verstehen/eu-ets-1-verstehen_artikel.html
- Vereinte Nationen (2024): Global survey reveals ‘truly astonishing’ consensus for stronger climate action: <https://news.un.org/en/story/2024/06/1151271>

Impressum

Herausgeber:

INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Georgenstraße 22,
10117 Berlin

Geschäftsführer:

Thorsten Alsleben

Kontakt:

info@insm.de

Redaktion:

Dr. Stefan Schöncke
Carl-Victor Wachs
Michael Weiss
Jakob Baltes

Umsetzung:

Lennart Briehl
Eike Meyer

Erstveröffentlichung:

März 2026

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

INSM Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
10117 Berlin

Telefon: 030 / 27877 – 171
E-Mail: info@insm.de